

Bezugspreis: Für den Monat November 400.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Ostpreußen und Litauen 300.— M. für das übrige Ausland 400.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Ostpreußen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Reit“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Geduld und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 23. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distrikto-Genossenschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Einzelhefte:
Die einseitige Reparationsnote
100.— M. Resthefte 600.— M.
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte
Heft 20.— M. (außer zwei festgedruckte Werte). Jedes weitere Heft
24.— M. Stellenangebote und Schluß-
stellenanzeigen das erste Heft
10.— M., jedes weitere Heft 12.— M.
Werte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeit: 35.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Cuno übernimmt die Regierung.

Der Reichsminister des Innern.

Die neue Regierung ist jetzt bis auf das Außenministerium vollständig. Inzwischen hat der Landeshauptmann der Provinz Sachsen und frühere preussische Verkehrsminister Dr. Deser das ihm angebotene Innenministerium angenommen. Deser, der noch bei jeder Regierungsbildung im Reich und in Preußen als Minister genannt wurde, ist ein ehrlicher Republikaner. Ob er es versteht, die Interessen der Republik gegenüber den überwiegend rechtsorientierten neuen Kabinettsmitgliedern wahrzunehmen, oder ob er es vorziehen wird, schon bald die vorkläufig ausgegebene Stellung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen wieder anzukreten, bleibt abzuwarten.

Für das Außenministerium ist zurzeit der deutsche Botschafter in Kopenhagen und frühere Botschafter in Wien, v. Rosenberg, in Aussicht genommen. Er ist gestern abend um 9 Uhr in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler über die Befehle des ihm angetragenen Amtes zu verhandeln. Er wird sich über Annahme oder Ablehnung erst im Laufe des Donnerstag entscheiden. Rosenberg gilt als Anhänger der Erfüllungspolitik.

Die Presseabteilung der Reichsregierung wird ebenfalls neu besetzt werden. Ihr bisheriger Chef, Ministerialdirektor Oskar Müller, hat dem neuen Reichskanzler sofort sein Amt zur Verfügung gestellt und um Enthebung gebeten. Oskar Müller war eifriger Verfechter der Politik des Kanzlers Dr. Wirth, mit dem er auch persönlich gute Verbindungen pflegte. Es ist deshalb verständlich, wenn er sein Amt zur Verfügung stellte. Ein Nachfolger ist für ihn vorläufig noch nicht in Aussicht genommen.

Das neue Kabinett hat bereits am Mittwoch 5 Uhr nachmittags in einer gemeinsamen Sitzung mit der alten Regierung die Geschäfte übernommen. Reichskanzler Dr. Wirth erinnerte in dieser Sitzung daran, daß seine Mitarbeiter die Geschäfte in einer äußerst schwierigen Situation übernahmen und dankte ihnen deshalb besonders für ihre treue Pflichterfüllung. Seit Anbeginn seiner Regierungstätigkeit sei das Ziel seiner Politik die Erhaltung der Nation gewesen. Ost — aber immer vergeblich, habe er versucht, durch Wirtschaften von Ruf seine Regierung zu ergänzen. Zum Schluß wünschte Dr. Wirth der neuen Regierung einen vollen Erfolg. Dr. Cuno dankte seinem Vorgänger und erklärte, daß seine Politik dort anknüpfen werde, wo die der alten Regierung aufgehört habe. (Mit Becker-Hessen und Herrn Müller-Bonn?)

Sodann trat die neue Regierung zu ihrer ersten Sitzung zusammen, in der das Regierungsprogramm vorbereitet wurde. Die Programmklärung wird nicht, wie vorgesehen, am Donnerstag vor dem Reichstag erfolgen, sondern erst am Freitag nachmittag um 2 Uhr zur Berlesung kommen. — Am Donnerstag wird der Reichstag die Beratung der Geschäftsordnungsdebatte fortsetzen. Zuvor hält die Sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung ab.

Dankschreiben an Wirth und Bauer.

Reichspräsident Ebert hat an den Reichskanzler Dr. Wirth bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die politische Lage hat Sie veranlaßt, die Enthebung von Ihren Ämtern nachzusuchen. Wenn ich Ihrem Wunsche mit dem beigefügten Erlasse entspreche, so tue ich es im Bewußtsein der aufrichtigen Bedauerns über Ihr Scheiden und dankbarer Anerkennung Ihrer Verdienste um das Reich. Sie haben, in parlamentarischer Tätigkeit und als Finanzminister unseres gemeinsamen Heimatlandes bewährt, in schwerer Zeit als Reichsminister der Finanzen und dann als Reichskanzler dem Vaterlande große Dienste geleistet und an der Spitze der Regierung in schwerer Zeit zielbewußt und tatkräftig die innere und äußere Politik des Reiches geleitet. Erste Stunden, die an Ihre Entschlossenheit und Umsicht die höchsten Anforderungen stellten, sind Ihnen nicht erspart geblieben. Das deutsche Volk wird Ihnen für das, was Sie ihm in diesen Jahren mühsamen und einsamenreichen Wiederaufbaues gewesen sind, Dank wissen. Ich gebe der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Arbeitsfreudigkeit und politische Gaben auch weiterhin ein reiches Feld der Betätigung finden mögen, und bin

mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr sehr ergebener (gez.) Ebert.

Dem aus dem Amte scheidenden Reichschahminister und Stellvertreter des Reichskanzler Bauer dankte der Reichspräsident in folgendem Brief:

Lieber Freund!

Auf Dein Besuch um Enthebung vom Amte des Reichschahministers überfende ich Dir anbei den von mir vollzogenen Abschied. Mit aufrichtigem Bedauern sehe ich Dich auch diesmal aus dem Reichsdienste scheiden. In Deiner Tätigkeit als Stellvertreter des Reichskanzlers und als Reichschahminister hast Du in rastloser Arbeit

an der Leitung der Regierungsgeschäfte regen Anteil genommen. Dein sachlicher Rat, Deine reiche wirtschaftliche Erfahrung und Dein politisches Verständnis sind mir und der Reichsregierung immer von besonderem Werte gewesen. Es ist mir ein Bedürfnis, Dir für Deine Mitarbeit meinen tief empfundenen Dank zu sagen; ich verbinde damit den aufrichtigen Wunsch, daß Du auch in Zukunft mit Rat und Tat weiter erfolgreich mitwirken mögest an der Neugestaltung und Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Mit herzlichem Grüßen in alter Freundschaft

Dein dankbarer Ebert.

Auch den übrigen anlässlich der Umgestaltung der Reichsregierung zurückgetretenen Reichsministern hat der Reichspräsident in persönlichen Schreiben seinen Dank für die dem Reiche geleisteten Dienste ausgesprochen.

Nur ein „Übergangsministerium“.

Die Ministerliste Cunos findet in der Presse, soweit eine Stellungnahme bereits erfolgt ist, eine sehr kühle Aufnahme. Das „Berliner Tageblatt“ sieht in dem Kabinett Cuno lediglich ein Übergangsministerium für die Zeit, bis sich die parteipolitischen Verhältnisse geklärt haben. Inzwischen könne die Deutsche Volkspartei, positiv mitarbeitend, zeigen, wie weit sie ihre Versprechungen, die deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten, zu erfüllen vermöge. Insbesondere gelte das von Dr. Becker-Hessen, dem lautesten Rufer in dem Streit um die brennenden Wirtschaftsfragen. Bitterlich heißt es dann weiter:

„Wir geben uns keinen Illusionen über die Politik des Geschäftsministeriums hin. Aber zweierlei erwarten wir von ihm: Einmal eine klare Außenpolitik, die sich aufbaut auf der letzten Note an die Alliierten über die Stabilisierung der Mark. Zweitens eine Politik, die den späteren Wiedereintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett nicht unmöglich macht. Je stärker das Kabinett in diesen beiden Dingen einen politischen Willen entwickelt, um so eher wird es die Stepsis, der es heute begegnet, überwinden und sich Vertrauen erwerben.“

Die „Bosliche Zeitung“ findet es auffällig, daß der volksparteiliche Führer Dr. Becker-Hessen in das Kabinett eintritt. Dadurch komme noch deutlicher als bisher zum Ausdruck, daß das Kabinett Cuno statt eines unpersönlichen Geschäftsministeriums oder eines Kabinetts der Persönlichkeiten ein ausgesprochen politisches Kabinett der Arbeitsgemeinschaft, und zwar des rechten Flügels der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien sei.

„Es ist nicht anzunehmen, so heißt es weiter, daß dadurch die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Kabinett erleichtert werden wird. Es ist besonders auffällig, daß, nachdem ein Mann von der wirtschaftlichen Stellung des jetzigen Reichskanzlers sich bereit gefunden hat, das Amt des führenden Politikers zu übernehmen, es nicht möglich war, andere führende wirtschaftliche Persönlichkeiten für dieses Kabinett zu gewinnen.“

Einem Artikel des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in der „Zeit“, räumt die „Bosliche Zeitung“ einen besonders breiten Raum ein und bemerkt dazu:

Die Objektivität, mit der der Führer der Deutschen Volkspartei in diesem Artikel die Gründe würdigt, die die Sozialdemokratie veranlaßt haben, jetzt die Teilnahme an der großen Koalition zu weigern, ist sehr beachtenswert und entspringt sicherlich der Überzeugung, daß das letzte Wort über die große Koalition noch nicht gesprochen worden ist, und daß das Kabinett Cuno die Übergangsbrücke zu ihr sein wird.“

Der Ruf nach der Sozialdemokratie steht also im Mittelpunkt der Betrachtungen, mit denen die demokratische Presse das Kabinett Cuno empfängt. Es ist bemerkenswert, daß auch das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei und einer ihrer Führer die Stellungnahme der Sozialdemokratie in den Vordergrund rückt. Um so eigenartiger muß es allerdings wirken, wenn die Deutsche Volkspartei einen so scharfen Gegner der Sozialdemokratie, wie Dr. Becker-Hessen, als Nachfolger Robert Schmidts in das Reichswirtschaftsministerium schiebt. Sollten innerhalb der Volkspartei Unstimmigkeiten über den Weg bestehen, der zu beschreiten ist, nachdem den „Tätigen“ die freie Bahn eröffnet wurde?

Der deutschnationale „Lokal-Anzeiger“ sieht in dem Kabinett Cuno ein Wagnis und meint, es werde schwer sein, die zahllosen Klippen zu überwinden, die seiner harren.

Das Unbehagen im bürgerlichen Lager ist demnach allgemein. Wie oft hat man die Politik der Sozialdemokratie angegriffen und behindert, wie oft hat man vor allem im Lager der Deutschen Volkspartei gesagt, die Sozialdemokratie verstehe nichts von Wirtschaft und Politik! Es scheint, daß man jetzt sein eigenes Wort ungeprochen machen möchte, und wesentlich kleinlauter ist, wo es gilt, an die Stelle der Kritik die positive Leistung zu setzen.

An der Wende.

Die Wirtschaftspolitik der Vorkriegsregierung.

Das Geschäftsministerium ist fertig und wird am Freitag dem Reichstag und der deutschen Öffentlichkeit sein Programm vorlegen. So wenig die Sozialdemokratie daran denkt, sich von unsachlichen Gründen in der Opposition, in die sie von den Bürgerlichen gedrängt worden ist, leiten zu lassen, so sehr fordert schon Art und Zusammensetzung des Kabinetts zu größtem Bedenken heraus. Schon ein flüchtiger Blick auf die Ministerliste zeigt, daß das Kabinett durchaus rechts gerichtet ist, und das tritt noch schärfer hervor, wenn man im Auge behält, daß es letzten Endes Wirtschaftsfragen waren, die das alte Kabinett gesprengt haben, und daß für die nächste Zukunft die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches entscheidend für das Wohl und Wehe des ganzen Volkes sein wird. In den beiden wichtigsten Ressorts aber, dem Wirtschafts- und dem Ernährungsministerium, sind jetzt Leute eingesetzt, die eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Grundrichtung der Wirtschaftspolitik befürchten lassen.

Im Vordergrund der politischen Forderungen unserer Partei steht die Stabilisierung der Mark. Dadurch, daß die Reichsregierung moralisch und außenpolitisch an die Durchführung der letzten Note an die Reparationskommission gebunden ist, ist die Sache noch längst nicht erledigt. Denn auf den Willen zur Durchführung kommt es an. Eine Stützung der Mark ist auch dann eine Lebensfrage für das deutsche Volk, wenn wider alles Erwarten außenpolitische Hemmnisse wirksame Aktionen zunächst verzögern sollten. Diesen Willen zur Durchführung kann man aber nicht von Männern erwarten, die innerlich bei der Schwerindustrie stehen. Es war kein Zufall, daß Genosse Schmidt als Wirtschaftsminister in seiner letzten Amtszeit mit dem Finanzminister Hermes gut zusammenarbeiten konnte. Wirtschaft und Finanzen erforderten gleichermaßen die Stabilisierung der Mark. Wenn aber jetzt Herr Hermes als Partner diesen Herrn Becker erhält, so ist es durchaus fraglich, ob ihm die Unterstützung, die er bisher in der grundlegenden Frage vom Wirtschaftsministerium her erfuhr, auch zuteil werden wird von einem Mann, dessen gegebener finanzpolitischer Partner im Kabinett eigentlich doch Herr Helfferich wäre!

Aber nehmen wir selbst den günstigsten Fall an. Befehlt das Geschäftsministerium stelle sich tatkräftig auf den Boden des in der Reparationsnote vorgezeichneten Programms. Dann aber werden erst eine Reihe von Fragen der Wirtschaftspolitik auftauchen, die in den acht Jahren seit Kriegsbeginn fast vollständig aus dem Gesichtskreis verschwunden sind. Jeder Versuch einer Besserung der Währung muß zu Störungen am Warenmarkt führen, von denen zunächst die Arbeiterschaft durch Beschäftigungsmangel betroffen wird. Wir müssen durch diese Krise hindurch, wenn überhaupt die deutsche Wirtschaft genesen soll. Dann aber entstehen politische Streitfragen in Hülle und Fülle. Wird das Kabinett bewußt darauf hinarbeiten, die sozialen Schäden, die eine solche Krise im Gefolge hat, zu mildern, oder wird es die Last der Währungsinsanierung auf dieselbe Arbeiterschaft abwälzen suchen, der die ungeheure Geldentwertung maßlose Opfer und Entbehrungen gebracht hat? Welche Produktionspolitik ist dann einzuschlagen? Es liegt durchaus nahe, daß diejenigen Industrien, die ihre Preise rücksichtslos an die Weltmarktpreise herangebracht und diese sogar überschritten haben, dann nach alter schwerindustrieller Methode wieder nach Schutzzöllen rufen werden. Die Landwirtschaft hat ein derartiges Vorgehen seit langem angekünndigt. Will man dann die industriellen Weiterverarbeiter, die heute das Rückgrat der deutschen Produktion bilden, oder die Verbraucher mit derartigen Forderungen belasten, oder will man ernsthaft versuchen, die Interessen der großen Masse mit denen des Kapitals auszugleichen?

Wichtige grundsätzliche Fragen treten hier auf. Der Wirtschaftsminister, der sie lösen soll, kann nur ein Mann sein, der für diese Fragen auch unter dem Gesichtspunkt der Produktion und des Verbrauches, nicht nur unter dem des Kapitalprofites Verständnis hat. Der neue Mann, der in diesen Fragen die Führung haben soll, aber hat sich bisher als Interessensvertreter des Kapitals in einer Weise hervorgetan, die von seiner künftigen Tätigkeit nichts Gutes für das Gesamtvolk erhoffen läßt.

Dr. Becker-Hessen war während des Krieges hessischer Finanzminister und wurde durch die Revolution befristigt. Er ist Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke und herrscher Großgrundbesitzer. Politisch ist er als Führer des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei aufgetreten.

Im Reichstag hat er sich besonders mit Steuer- und Wirtschaftsfragen beschäftigt. Aus seiner rein kapitalistischen Gesinnung hat er nie irgendeinen Hehl gemacht. Er ist gleichermaßen eingetreten für die Schwerindustrie wie für die Ansprüche der Agrarier. Seine Haltung bei den zahlreichen Steuervorlagen der letzten Jahre, an deren Gestaltung er stets sehr aktiv mitgewirkt hat, war geleitet von der Absicht der weitestgehenden Schonung des Besitzes und der Spekulation auf die weitere Marktentwertung. Becker ist nicht

nur ein Gegner aller direkten Besitzsteuern, was er im Frühjahr dieses Jahres in zahlreichen Vorträgen offen aussprach, sondern auch ein Inflationist deselben Grades wie Stinnes. Er ist überhaupt der politische Führer der schwerindustriellen Gruppe in der Deutschen Volkspartei, die außer ihm aus Stinnes, Dr. Sorge, Böglar und Quack besteht.

Bei der Zwangsanleihe hat er den bekannten Artikel im „Tag“ geschrieben, mit dem er sich rühmte, durch die Zwangsanleihe die geringste Belastung des Volkes heraufgeschlagen zu haben. Er betonte dabei sein enges Zusammengehen mit den Deutschnationalen. Bei der späteren Begründung des Gesetzes über die Zwangsanleihe ist er der Hauptkämpfer für die Festlegung der Zwangsanleihe in Papier statt in Gold gewesen, weil bei weiterer Geldentwertung damit der Betrag der Zwangsanleihe fortwährend sinkt. Jetzt beträgt die Zwangsanleihe nur noch etwa 60 Goldmillionen statt einer Goldmilliarde. Er hat damals auch höhere Zinsen für die Zwangsanleihe durchgesetzt, als es die Regierungsvorlage vorsah. Er hat ferner für die Hinausschiebung des Zeichnungstermines der Zwangsanleihe gesorgt, wodurch anstatt der erwarteten 25 Milliarden bisher nur der lächerlich geringe Betrag von 2,5 Milliarden Papiermark eingegangen ist! Auf seinen Vorschlag wurde die Verwendung des Ertrages der Zwangsanleihe nur für Sachleistungen beschlossen. So entwertete er nicht nur die Zwangsanleihe, sondern schränkte auch die Möglichkeit von Sachleistungen ein. Mit der Widerung der Zwangsanleihe verband er zugleich die Forderung nach Milderung der Erbschafts- und der Einkommensteuer und setzte eine gewaltige Ermäßigung des Einkommensteuertarifes durch unter der Drohung, sonst die Zwangsanleihe zu Fall zu bringen.

Wirtschaftspolitisch ist Beder der eifrigste Verehrer der freien Wirtschaft. Die Zwangswirtschaft will er nicht nur auf dem Gebiet der Ernährung, sondern auch bei Kohle, Eisen und den Baustoffen beseitigen. Er ist außerdem einer der Väter des Feldzuges zur Begünstigung der Steuerdefraudanten für die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges.

Verehrer der freien Wirtschaft ist auch der neue Reichsernährungsminister Müller-Bonn. Nun ist die Frage „freie“ oder zwangsmäßige Wirtschaft in dem Augenblick, wo die Mark wirklich stabilisiert wird, von untergeordneter Bedeutung. Man hat dann durch die Außenhandelspolitik die Möglichkeit, die Preise einigermaßen zu regulieren. Aber einmal hatten und haben wir bis heute keine stabile Mark, und in dieser Zeit ist die Parole „freie Wirtschaft“ ein Dienst am Industrie-, Handels- und Agrarkapital, an denselben Leuten also, die unter freier Wirtschaft nur die Monopolherrschaft über den Markt verstehen, solange die Preise steigen, und die um Staatszuschüsse rufen, wenn einmal die Weltmarktpreise niedriger als die Inlandspreise sind. Das Herr Beder und Herr Müller-Bonn eine andere Haltung einnehmen werden, ist nicht zu erwarten.

Wir haben also alle Veranlassung, eine Schwankung der Wirtschaftspolitik zu befürchten. Wir warnen davor. Die unerträgliche Teuerung hat die Geduld der Massen auf die schwerste Probe gestellt; den Preisen halt zu gebieten und alle Mittel in Bewegung zu setzen, um wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, muß Aufgabe jeder verantwortlichen Regierung sein, oder sie wird an den Widerstand der Arbeiterchaft scheitern.

Der neue Staatssekretär im Reichswirtschaftsrat Dr. Brandt zeichnet als Demokrat. Dieser sonderbare Demokrat hat sich aber jüngst im Reichswirtschaftsrat gegen die verfassungsmäßig festgelegte Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Handelskammern heftig gewehrt und eine Verständigung hierüber, der die meisten Arbeitgeber zugeneigt waren, zum Scheitern gebracht. Außerdem war er Syndikus des Industrie- und Handeltages, dessen Beschluß zur Marktstabilisierung neulich hier gekennzeichnet wurde. — Herr Brandt ist der Staatssekretär, wie Herr Beder ihn braucht.

Schrei, Sang und Buße.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Der Schrei ist sicher der unmelodischste Ausdruck von Gefühlen. Wenn aber die Ohren taub sind, so muß selbst der Musiker keine Stimme schon kräftig erheben, um sich Gehör zu verschaffen. Die Chöre haben seit langem (und werden leicht mit einem Sängerngefang), die Sänger und Spieler des Soloprogramms resignieren und hoffen auf billigere Zeiten. Die Stars wandern ab nach Spanien, Schweden, Holland, Amerika. Und dabei hallt immer wieder ein Schrei der leidvoll Sterbenden. Es ist Zeit, daß die Notgemeinschaft der Musiker, von der jüngst mit nachfühlenden Worten der Staatssekretär Schulz im Reichstage sprach, Wirklichkeit werde. Ein organisiertes Hilfswesen ist erträglicher als der Einzelkampf. Nach den Philharmonikern kamen die Blüthner-Herren, und schon meldet die Fama die Agonie strebsamer Vereinigungen. Herzu auf — es muß ja einmal Frühling werden! Das beste Mittel, dem Notruf nachhall zu verschaffen, ist die künstlerische Laie. In diesem Sinne zeigte sich das unter Zimmer aoptvollst auftretende Orchester wieder in gutem Dichte. Die Philharmoniker aber wahrten ihren hohen Ruf, als sie die diatonisch verängstete Schreierin Reich-Renée begleiteten. Es war ein bitterer Hammer, und die Endworte der Mozartischen Gräfin-Arie „Gibere meinen Schmerz“ entfloßen dem Herzen des indignierten Publikums. Ob Schillings, der mitwirkte, die Dame je in einer Probe gehört hat und sich dann als Zugkraft auszuheben ließ? Heinrich Knappstein setzte Bruckner „aus technischen Gründen“ vom Programm. Was heißt das? Er hat uns die IX. Bruckners einmal einbringlich geübt, er hätte die IV. ausreichend beherrscht. In Beethovens VII. Sinfonie verkehrte er in Technizismen, ließ das Orchester viel zu laut aufbegehren und verlor sich durch überflüssig-genaue Zeichen den selbstgewollten Stil. Eine sehr gute Dirigierkunst wurde hier unnütz veran, und die Grobfehlheiten übermogen die Feinheiten. Umgekehrt Baghaller. Er wußte die zarten Seiten der Tschaikowskischen „Romeo“-Partitur so sanft anzufassen, daß der Schlusssatz und die stretta-artige Höhe in großem, logischen Aufbau ein Genuß wurde.

Georg Bertram ist in seinem pianistischen Können immer mehr gewachsen, ohne an der Intensität und noblen Ausdrucksfähigkeit etwas zu verlieren. Ein Romantiker mit vollem Herzen musiziert. Und er begleitet die anmutige Sopranistin Schäfer-Kuntzky auf ihrer Winterreise. Ein sehr mutiges Wagnis, 24 Nieder Schuberts im zylindrischen Nacheinander vorzutragen. Die Wehmut, das Trauernde, das Einsamkeitsgefühl und das UeberderWelt-Stehen zeichnet eine zarte, kläglich, welche Stimme in vielen Variationen des Gesangs mit bemerkenswerter, instinktiver Sicherheit. Doch erlärnt das Schmerzhaftes bald, und die wenigen Dur-Stücke künden dann nicht mehr Frühling und Sonne genug. Bertrams russischer Kollege Borowitsch ist ein in sich gefestigter großer Künstler, ein Musiker von starkem Willen und absoluter Trefflichkeit. In seinem Bach-Spiel wirkt sich Kraft und Klarheit des Werks kraftvoll und klar aus. Er wird sich zu der russischen auch bald eine deutsche Gemeinde erheben.

Die Völkischen als Sprengpulver.

Jetzt soll der DVB. gespalten werden.

Die „Deutsche Handelsmacht“, Zeitschrift des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, fordert ihre Mitglieder auf, die „Deutsche Zeitung“ als DVB-feindlich abzustellen, weil das Blatt Maurenbrechers sich zum eifrigsten Anwalt der unter neuem Namen wieder auslebenden „gelben“ Verbände macht. Die „Deutsche Zeitung“ antwortete darauf:

„Daß dieser plumpe Versuch, einen politischen Gegner geschäftlich zu schädigen, weder christlich noch national und am allerwenigsten deutsch ist, braucht wohl keines weiteren Beweises.“

Die Mitglieder des „DVB.“ werden das mit einigem Erstaunen gelesen haben. Ob sie sich bisher besonders als „national“ und „deutsch“ nicht mehr sein sollen, mutet komisch an. Man versteht deshalb, wenn auch die „Brandenburger Wacht“, das Bezirksorgan des DVB., jetzt mit der gelbfreundlichen „Deutschen Zeitung“ ins Gericht geht und ihren Mitgliedern zuruft:

„Wir erfüllen also ein Gebot nationaler Pflicht im vornehmsten Sinne des Wortes und auch ein Gebot der Selbstachtung, wenn wir Pressezeugnisse von der Art der „Deutschen Zeitung“ nicht länger in unseren Behausungen dulden. Wir erwarten, daß alle unsere Freunde, die es betrifft, die erforderliche verbandbrüderliche und gewerkschaftliche Disziplin aufbringen, um die Abbestellung der „Deutschen Zeitung“ unverzüglich zu bewirken. Wenn das unter kurzer Mitteilung der Gründe an den Verlag bewerkstelligt wird, kann man sich davon unter Umständen noch eine kleine erzieherische Wirkung versprechen.“

Angesichts so energischer Töne wirft der so haltlos-selbstbewußten „Deutschen Zeitung“ doch einigermaßen ängstlich zu Sinn. Sie weiß sich nicht anders zu helfen, als ihre völkischen Sturmtrupps aufzurufen, im DVB. Kehraus zu halten. Wörtlich sagt sie:

Vorkäufig können wir nicht annehmen, daß tatsächlich die gesamte Verbandsleitung hinter diesem unwürdigen Treiben steht. Sollte das aber doch der Fall sein, dann wäre es wohl hohe Zeit, daß die völkischen Handlungsgehilfen an eine gründliche Säuberung ihres Verbandes gingen. Wenn die Führer aber wirklich dieses ideokeusche und erbärmliche Vorgehen ihrer Verbandszeitungen gutheißen sollten, dann muß Abhilfe geschaffen werden. Die Kreise, die hinter der „D. Z.“ stehen, sind schon ihrem Umfange nach von unvergleichlich viel größerer Bedeutung als jeder noch so starke Verband. Wer diesen Kreisen Fehde anfangt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Entwicklung über ihn hinwegkriecht. Ein gegen die Völkischen hegender „Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband“ spricht sich selbst das Todesurteil.

So, nun wissen es alle, die es angeht: die Völkischen sprengen nicht nur republikanische Versammlungen, nicht nur die „völkisch eingestellte“ Partei Herzts, sie kriegen es auch fertig, dem von jeder antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband das „Todesurteil“ zu sprechen. Wir möchten nur einmal die Unterhaltung hören, die die beiden Abgeordneten Thiel und Weisler über diese Frage haben. Thiel ist Wacker vom DVB., Weisler Präses der gelben Verbände und Schützling der „Deutschen Zeitung“. Beide aber sind Fraktionsgenossen der Herren Stinnes, Stresemann und — Beder-Hessen, also Deutsche Volksparteiler!

Bayerns Schande.

„Es lebe der König!“ — Die bayerische Regierung nationalsozialistisch verwehrt.

München, 22. November. (M.) Im Landtag setzte man heute in recht lebhafter Sitzung die Debatte über die Nationalsozialisten fort. Abg. Drossus (Mpt.) erklärte, im Zeichen des Halentekreuzes sei manches Unschöne geschehen. Aber niemals brauche man sich dieses Kreuzes zu schämen. Der Sozialismus habe ausgeplündert. Die Republikgesetzgebung habe die nationalsozialistische Bewegung groß gemacht. Hoffentlich sei die Zeit nicht mehr fern, wo die bayerische Mehrheit den

Während der Bußtag heranrückte, sammelte Dohs seinen Chor in der Hochschule zu feierlicher Andacht. Das Brahmsche Requiem zieht seine immer noch ehrfurchtgebietenden Kreise um unsere Sinne und wir schwelgen in der Schönheit eines herrlich gesungenen Werks. Wird es ein ewiges sein? Solange Dohs Menschen mitreißt und Ehre führt, solange seine warmherzige Ausdeutung über alle Sphären und Weichlichkeiten hinweghebt, sicher. Die Solostimmen der Frau Kempfer und Riffens fügen sich melodisch und beherzt den Chorstimmen ein, die Dohs im Abgang schon zarter ausklingen ließ. Und am gleichen Tag feiert die „Internationale Gesellschaft für Musik“ ihre Geburt, geschaffen, um vom Göttern zum Morgen zu führen. Deutscher Musik im Ausland, ausländischer Musik in Deutschland Boden zu gewinnen, ist das Ziel. Ohne Engstirnigkeit, unter solidarischer Ueberwindung von Unmöglichkeiten, frei von der Sucht, einen Stil, eine Richtung zu züchten, ohne politische Zwecke, aber auch ohne sich von politischen Eigenbröttern hineinzuweisen zu lassen. Wir atmen andere Luft, wir fühlen uns zeitgebunden zugleich und gelöst von allem, was akademisch und einseitig und kontervatio und sogar „modern“ war. Mit weit geöffnetem Ohr, ohne jede kritische Scheuhaftigkeit, ohne die Voreingenommenheit lassen wir Rousset, Buloni, Debussy, Strawinsky in uns Aufnahme finden. Auch nach zweimaligem Hören ist weder der Franzose mit seinem naturföhligen Impressionismus, noch das eigenartig, organisch blühende, frühlinghafte Bläserstück des Russen unser Besitz geworden. Aber Bulonis Violinkonzert, melodisch an Brahms und Beethovens anelehnend, gewandt unter Szigelis Meisterfinger schon den virtuosen Glanz einer großartig geformten Improvisation. Hier laßt uns Wurzel fassen, hier den Notzschrei in neuem Sang und Klang ein Paroli bieten!

„Krieg dem Kriege!“ lautete der Wahlspruch des Internationalen Sozialistenkongresses, der im November 1912 in Basel tagte und dessen Andenken uns jetzt, nach zehn Jahren, nahetritt. Als damals durch den Balkankrieg, die Karoloffkaffee und andere Vermittlungen die Gefahr eines Weltbrandes zunahm, protestierte das internationale Proletariat dagegen durch Beschlußung die es Kongresses, zu dem weit über 500 Delegierte aus den verschiedensten Ländern eintrafen. Ihre Begrüßung durch die Baseler Genossen fand am Abend des 20. November im „Bären“ statt, wo auch die notwendigsten Vorbereitungen erledigt wurden. Am nächsten Vormittag trat der Kongreß in der Burgparkhalle zusammen. Der Sängerverbund „Vorwärts“ ließ die Hymnen an die Freiheit erschallen. Ansees von Baselen eröffnete den Kongreß. Bulschewer, Regierungsrat von Basel, hielt eine Ansprache. Zum Präsidenten wurde Hermann Greulich aus Zürich, zu einem der Vizepräsidenten der Deutsche Genosse Hugo Haack gewählt. Am Nachmittag erfolgte ein Riesenzug vom Rasenplatz zum Münster, wo ein Massenmeeting abgehalten wurde. Nach einem Orchesterkonzert hielten der Baseler Regierungspräsident Blocher, Hoole, Reir Hardie aus England, Greulich, Saloff aus Rumänien, Viktor Adler aus Oesterreich und Jean Jaurès Ansprachen, die den Völkern Frieden zum Thema hatten. Dazu pakte in schönster Weise der Schlusssatz: „Die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz“. Die vielen Tausende, welche keinen Eintritt in das Münster mehr er-

Auf erschaffen lasse: Es lebe der König! (Dachm links, Beifall rechts und in der Mitte.) Abg. Lint (Dem.) führte aus, Dr. Schweyer habe nur als reiner Parteiminister gesprochen und sich in seiner Verteidigung der Nationalsozialisten verjagt. Die Nationalsozialisten lebten allein von Gewalt und Hege. Es sei nicht am Plage, daß die Regierung gegen jene Volksgenossen Vorwürfe erhebe, welche die Gefahr abzuwehren suchen. Der Minister habe geradezu eine Verteidigung der Nationalsozialisten versucht. Die Art, wie sich die nationale Befinnung der Hitler-Deute kundgebe, sei alles weniger als vaterländisch.

Abg. Engelsberger (Bauernbund) sagte, das Treiben der Reaktionsäre sei ein Verbrechen am Volksganzen. Die nationalsozialistische Bewegung finde mächtige Freunde und Förderer bis weit in die Kreise der Regierung hinein. So mancher führende Beamte lege es darauf an, die Maschinerie in Unordnung zu bringen, um den Eindruck zu erwecken, daß das Rad der Zeit wieder auf den Stand von 1913 zurückgedrückt werden müsse. Es gebe höhere Beamte, die gegen die Regierung hehen und den letzten Rest der Staatsautorität untergraben. Das Treiben der Nationalsozialisten führe letzten Endes zum Bürgerkrieg.

Abg. Kenderl (Komm.) meinte, die Nationalsozialisten lebten von den Millionen der Schwerindustrie und von beispieldroher Judenhege.

Hierauf ergriff der Minister des Innern Dr. Schweyer das Wort. Er erklärte, daß Hausfuchungen bei einer Reihe von Nationalsozialisten in München keine Handgranaten zutage gefördert hätten. Die Absicht, das Betriebsgebäude der „Münchener Post“ und das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus zu stürmen, sei von Hitler aus freien Stücken ehrenwörtlich mit dem Bemerkten in Übereinstimmung gestellt worden, daß ihm so etwas niemals in den Sinn kommen würde. Die Regierung habe erlaubt, daß innerhalb des Hauses ein Eigentumserschließung eingerichtet werde. Außerdem sei auch ein polizeiliches Schuhangebot abbestellt worden. Wegen des nach dem Rathenau-Morde angelegten Plakats, in dem auf die Ermordung Wittigs und Eberts angepielt war, habe die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt, weil die Täter nicht ermittelt werden konnten. Von einer Pflichterfüllung der Polizei könne keine Rede sein. Was den von der Bahnverwaltung im letzten Augenblick verweigerten Sonderzug nach Regensburg angehe, so sei es eine bedenkliche Tatsache, daß die Betriebsräte ihrerseits mit Sabotage und Streik gedroht hätten. Sie erklärten, daß der Zug auf keinen Fall nach Regensburg kommen werde, denn sie hätten Nachrichten, daß noch vor Regensburg die Schienen aufgerissen werden und daß es vielleicht auch zu einem Blutbade kommen könne. Die Betriebsräte hätten Anteil an den Verwaltungsbeschlüssen bekommen. Der Minister wies entschieden den Vorwurf zurück, daß die Regierung gegenüber den Ausschreitungen der Nationalsozialisten ihre Pflicht veräußert habe und sprach im Gegenteil der Polizei den Dank für ihre Tätigkeit aus.

Abg. Auer wandte sich hierauf in einer persönlichen Bemerkung gegen die Äußerung des Ministers, daß er es abgelehnt habe, der Polizei seine Gewährsmänner zu nennen.

Neue Plünderungen in Braunschweig.

Braunschweig, 22. November. (M.B.) Am Mittwoch kam es in Braunschweig wieder zu Unruhen. In den späten Nachmittagsstunden zogen größere Trupps durch die Stadt, ohne daß es zunächst zu Ausschreitungen gekommen wäre. Um die sechste Abendstunde kam es auf dem Steinweg zur Plünderung der Schaufensterauslagen eines Geschäftes. Bedrohlich wurde auch die Lage auf dem Hagenmarkt. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, mußte auch an diesem Tage die Schuhabteilung teilweise wieder mit blanker Waffe gegen die Menge vorgehen. Ein Beamter der Schuhabteilung und mehrere Juweliere erlitten Verletzungen.

Offizielle Absetzung des Sultans. Refet Pascha hat im Namen der türkischen Regierung gestern offiziell den allierten Oberkommissaren und den Vertretern der übrigen Regierungen die Absetzung des Sultans Mehmed VI. und die Wahl Abd-ul-Medschids zum Kalifen mitgeteilt.

halten hatten, waren in dessen Umgebung versammelt und hörten die Reden einer Anzahl bekannter Vorkämpfer von vier Tribünen an. Am 25. November verhandelte der Kongreß das aktuelle Thema „Die internationale Lage und die einheitliche Aktion der Sozialdemokratie gegen die Kriegsgesahren“. Jaurès erstattete das einleitende Referat. Viktor Adler verlas das Manifest der Internationalen für den Völkerverfrieden. Weiterhin sprachen u. a. Haase, Troelsjö, Clara Zetkin, Bailant und unter alter August Bebel, der mit besonderem Jubel begrüßt wurde. Alle stimmten in schönster Harmonie in der Verdamnung des Krieges und der Begeisterung für den Völkerverfrieden überein. Mit dem Rufe: „Krieg dem Kriege!“ schloß denn auch Greulich den Kongreß, auf dessen nachhaltige Wirkung wir damals die größten Hoffnungen setzten, um nach wenigen Jahren durch den Weltkrieg die bitterste Enttäuschung zu erleben. R. Sch.

Eine Keltensburg in Thüringen. Prof. Alfred Goetze vom Berliner Museum für Völkertunde untersucht seit vielen Jahren eine der bedeutendsten Befestigungen des Keltischen Altertums auf deutschem Boden, die Steinsburg auf dem Basaltkegel des Kleinen Gleichberges bei Römbild. Es ist, wie Goetze im neuen Hefte der „Prähistorischen Zeitschrift“ darlegt, der ergiebteste Reize für den Kampf zwischen Germanen- und Keltenum in den Besitz Thüringens. Noch heute bestimmen ihre Trümmer das Landschaftsbild, obwohl jahrzehntelang diese mächtige Volksburg als Steinbruch gedient hat. Das Bild, das die Steinsburg mit ihren formlosen Wällen und Halben früher darbot, konnte den alten Deutschen nicht als das einer Burg erscheinen. Später haben sie dann den Wotan auf der Steinsburg verehrt. Ueber die keltische Burgenbaukunst und auch über ihren Getreidebau haben die dortigen Funde den genauesten Aufschluß gebracht. Die planmäßigen Ausgrabungen sollen fortgesetzt werden.

Andererseits in Indien. Nach dem in Bombay soeben erschienenen amtlichen Bericht der Bevölkerungsaufnahme für das Jahr 1922 wurden 18 Christen in Bombay, die das Alter von 5 Jahren noch nicht erreicht hatten, verheiratet. Von diesen waren 8 Knaben und 10 Mädchen. Ein Mädchen trat schon im Alter von einem Jahr und zwei im Alter von ein bis zwei Jahren in den ehelichen Stand. Zwei Knaben und zwei Mädchen heirateten im Alter von zwei bis drei, drei Knaben und vier Mädchen im Alter von drei bis vier und je zwei Knaben und Mädchen im Alter von vier bis fünf Jahren. Der Bericht teilt nicht mit, was für christliche Ehen hier gemeint sind. Esern Katholiken in Betracht kommen, so besteht hier die Möglichkeit, daß keiner unter dem Alter von 14 Jahren ohne besondere Erlaubnis verheiratet werden kann. Nach dem Bericht wurden aber 71 Personen im Alter von 7 bis 10 Jahren und 210 von 12 bis 15 Jahren verheiratet. Unter den Anhängern Zoroasters befinden sich 7 Verheiratete unter 5 Jahren und 34 im Alter von 5 bis 10 Jahren. Von Mohammedanern wurden 72 Ehen in einem Alter unter 5 Jahren geschlossen. Bei 298 Ehen betrug hier das Alter der verheirateten Kinder 5 bis 10 Jahre.

Gerhart Hauptmann als Dirigent. Gerhart Hauptmann wird am 24. November in der Philharmonie aus eigenen Werken leben. Edwin Müller wird als Dirigent und als Klavier mit dem Berliner Orchester die Symphonie-Ouvertüre und das Es-Dur-Konzert von Beethoven zur Darstellung bringen. Der Vertrag ist für die Gerhart-Hauptmann-Stiftung bestimmt.

Völkische Heerschau in München.

Gründung eines großvölkischen Bundes.

München, 22. November. (U.) Auf Veranlassung des Obersten v. Tplander fand gestern Abend eine Versammlung statt, in der die deutsch-völkischen Führer, Reichstagsabgeordneter v. Graefe, Wulle und Graf Reventlow sprachen. Oberst v. Tplander erklärte, daß er und seine Freunde seit dem letzten Sonnabend der Bayerischen Mittelpartei nicht mehr angehören, sondern einer Bewegung, die in Zusammenhang mit dem Norden auch in München starken Fuß fassen soll. Offenbar handle es sich um die Bildung eines großvölkischen Bundes auch im Süden. Reichstagsabg. v. Graefe erklärte, es müsse die Bildung einer großen Nation in Deutschland erfolgen. Die nationalsozialistische Bewegung begrüßte Graefe mit besonderer Wärme. Er erklärte aber, daß man auf den Parlamentarismus doch nicht ganz verzichten könne, vielmehr ins Parlament müsse, um dort die gegnerischen Kräfte schwach zu stellen. Die konstituierende Versammlung der neuen Partei Tplanders findet am nächsten Sonntag statt.

Mussolini-Hitler.

München, 22. November. (U.) Der Führer der bayerischen Nationalsozialisten, Hitler, hielt gestern zwei öffentliche Massenversammlungen ab. Er vertas als Antwort auf die sozialdemokratischen Interpellationen im Landtag eine Strafliste des interpellierenden Abgeordneten und erklärte, der Parlamentarismus sei heute nur noch um ihrer selbst willen. Alle ihre Programme hätten sie nicht durchführen können, und nur die Nationalsozialisten würden trotz aller Verbote imstande sein, den Nationalstaat mit einem freien, selbstbewußten Volke herzustellen.

Die Finanzkontrolle über Oesterreich.

Die Sozialdemokraten lehnen die Verantwortung ab.

Wien, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteirat der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der heute tagt, hat beschlossen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat gegen den Genfer Vertrag und gegen das Wiederaufbaugesetz stimmen sollen, aber für das Verfassungs-gesetz über den außerordentlichen Rabinetsrat. In der Begründung wird ausgeführt, daß es der Arbeiterschaft nicht gelungen ist, infolge des Verrats der bürgerlichen Parteien die Unterwerfung Deutsch-Oesterreichs unter die internationale Finanzkontrolle zu verhindern, daß aber die Sozialdemokratie die Mitverantwortung für diese Verbrechen ablehnt und die weitere Verantwortung der Bourgeoisie überläßt. Der Parteirat begrüßt es als wichtigen Erfolg, daß es gelungen ist, die Ausschaltung des Parlaments und die Finanzdikatur der Regierung durch ein Gesetz über den außerordentlichen Rabinetsrat zu verhindern.

Wien, 22. November. (W.F.B.) Der vom Nationalrat eingesetzte Sonderausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung das dritte Genfer Protokoll gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zum Beschluß erhoben.

Auch ein Feiertag.

Feiner, unaufhörlicher Regen, Schmutz auf allen Wegen, kurz — dicke Luft. Mitten hinein in diese alle Jahre fast regelmäßig wiederkehrende Stimmung legt die evangelische Kirche den Feiertag, den sie Bußtag nennt, und den nach ihrem Willen die in Sünden verfallenden Menschen dazu benutzen sollen, um einmal zur Selbstbestimmung zu kommen, Einkehr bei sich selbst zu halten, ihr Gewissen zu prüfen und alles Böse, was sie getan haben, zu bereuen. Und in der Tat, wie an jedem dieser Tage haben auch diesmal wieder die Kirchenglocken nach Kräften gebrummt und gedöhnt, gebimmelt und geklappert, um die sündige Menschheit zu mahnen. Und von den Kanzeln hat es in allen Lokalen auf die armen Schächer da unten im Kirchenschiff herabgewettert. Aber wenn die Kirche aus und man wieder draußen war, dann riß der Tag die Menschen wieder in seinen Bereich. Man sprach vom Fleisch und Schmalz, die man nicht hat, und vom Dollar, den man erst recht nicht hat. Man sprach von den Preßlohn, von denen eine einzige schon so viel kostet wie früher zehn Geniner. Und man fragte sich dann wohl: Wer soll denn nun eigentlich Buße tun und wofür? Sollten nicht die an ihre Brust schlagen und Buße tun, die in unermesslichem Egoismus dem Volk alle diese Dinge: Teuerung, Mangel, Hunger und Not beschert haben, die großen Sünder? Man merkt, man sieht nichts davon. Sie sind übermütiger und selbstgerechter denn je. Für das Schaffende und für Tage- und Stundenlohn arbeitende Volk ist der Bußtag aber ein Einbußtag, denn die christlichen Fabrikherren denken nicht daran, für den Bußtag Lohn zu zahlen, und so müssen die Arbeiter einen ganzen Tagelohn einbüßen. Inzwischen aber rissen sich die Massen in dieser Riesengeduld, um am kommenden Totensonntag auf ihre Art der Toten zu gedenken, jener Toten, die im Fron des Weltkrieges dahinstarben und der zehn Millionen Toten des Weltkrieges.

Aufklärung einer Millionenunterschlagung.

Diebe, die sparsam gewirtschaftet haben.

Mit ausländischen Devisen im damaligen Werte von über zwölf Millionen Mark durchgebrannt war, wie wir seinerzeit berichteten, Mitte September d. J. der bei dem Bankhaus Löwenberg in der Universitätsstraße angestellt gewesene Kassenhilfe Werner. Wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, hatte der ungeheure Bote die Unterschlagung von langer Hand vorbereitet und mit seinem Bruder die Flucht ergriffen. Den Kriminalkommissaren Dr. Bösch und Niese, die mit der Fahndung auf die Flüchtigen betraut waren, gelang es festzustellen, daß sich die Detraktanten nach Bad Wildungen gemeldet hatten. Auf ihre Bewandlung hin wurden dort beide Brüder gestern festgenommen und nach Berlin transportiert. In ihrem Besitz wurden noch einige Millionen Mark aus dem veruntreuten Gelde gefunden. Den recht erheblichen Rest aber hatten sie auf die „hohe Kanis“ gelegt. Wie festgestellt wurde, hatten sie nämlich den größten Teil in einem Vorort von Berlin vergraben. Die Beamten sind nun mit den Verhafteten dorthin unterwegs, um den Schatz zu heben.

Ein gewissenhafter Droschkenkutscher.

Er verdient es in der Tat, der Mit- und Nachwelt erhalten zu bleiben — der Name des wackeren und ehrlichen Führers der Pferdebedrosche Nr. 1842. Ein Herr mit einigem Gedächtnis ließ sich nach dem Potsdamer Bahnhof fahren — in der Pferdebedrosche Nr. 1842. Hier bezahlte er dem Kutscher die durch den Fahrpreisangezeiger angezeigte Summe, multiplizierte mit 300 und die von dem Kassier verlangte Gebühr für das beförderte Gepäck. Dann entfernte er sich, um einen noch recht günstigen Platz in seinem Zuge zu erwischen, und ein Dienstmann schleppte das Gepäck ab. Als der Dienstmann bald danach zurückkehrte, erfuhr der Führer der Bedrosche Nr. 1842 von dem Dienstmann, daß er das Gewicht des Gepäcks überschätzt hatte. Er versuchte nun mit allen Mitteln den Fahrgast zu finden, und begab sich, als ihm das nicht

gelingt, nach der Hauptverkehrsstelle des Polizeipräsidiums in Charlottenburg, wo er die zuzieler hobenen 20 M. deponierte. Da sich bisher der betreffende Herr nicht gemeldet hat, sind die 20 M. der Polizeihauptkasse überwiesen worden, die das Geld für einen wohlthätigen Zweck verwenden wird. Der Name des Führers der Bedrosche Nr. 1842 ist Wilhelm Bionika.

Die neuen Stadtbahnfahrpreise.

Zum 1. Dezember werden bekanntlich die Fahrpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr erhöht. Sie betragen für die erste Preisstufe 30 M. in der 2. Klasse, 20 M. in der 3. Klasse. Für jede weitere Preisstufe werden Zuschläge von je 6 M. in der 2. Klasse und 4 M. in der 3. Klasse berechnet. Monatskarten kosten in der ersten Preisstufe 720 M. in der 2. Klasse und 480 M. in der 3. Klasse. Für jede weitere Preisstufe werden Zuschläge von 120 M. für die 2. Klasse und 80 M. für die 3. Klasse berechnet.

Die Zukunft der Berliner Häfen.

Die Verhandlungen wegen der Zukunft der Berliner Häfen haben jetzt, wie eine Korrespondenz erzählt, insofern ein Ergebnis aufzuweisen, als das Angebot eines Konsortiums vorliegt, das die Bildung einer großen Berliner Hafen-Aktiengesellschaft unter Beteiligung der Stadt vorsieht. Es wird geplant, daß die Stadt ihre Häfen, Speicher und Ladestellen der Aktiengesellschaft auf Grund des Erbbaurechts auf 50 Jahre zur Bewirtschaftung überläßt. Gegenleistungen sollen eine einmalige nennenswerte Abfindung durch die Aktiengesellschaft und eine angemessene Gewinnbeteiligung der Stadt sein.

120 Mark das Markenbrot.

Die erhebliche Steigerung der Kohlenpreise (rund 5,00 M. je Brot) und die vom Schlachtungsausschuß festgesetzte Erhöhung der Arbeitslöhne in den Bäckereien zwingen, wie das Ernährungsamt der Stadt Berlin mitteilt, zu einer Herabsetzung des Preises für Markenbrot auf 120 M., der Markenscrippen auf 4,50 M. vom 27. November ab.

Umtausch der Germaniamarken.

Das Reichspostministerium gibt bekannt, daß die Germaniamarken, die mit Ablauf des Monats Oktober ungültig geworden sind, noch bis Ende Dezember gegen andere Wertzeichen umgetauscht werden dürfen. Postkarten, Kartenbriefe, Postanweisungen, Briefumschläge und Streifen mit eingedrucktem Germaniamarkensymbol ohne nachgelieferte Germaniamarken können aufgebraucht werden. Wenn aber auf ihnen Germaniamarken nachgeliebt sind, müssen sie ebenfalls bis Ende Dezember umgetauscht werden. Der Vordruck der Vordrucke mit Germaniamarkensymbol ist zugelassen worden, um nicht das Papier der Vordrucke nutzlos werden zu lassen.

Fabrikbrand bei Potsdam.

Ein großes Schadensfeuer hat die Märkischen Industriewerke in Golm bei Potsdam heimgesucht. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache brannte dort ein Teil des umfangreichen Unternehmens, hauptsächlich die Holzbearbeitung, bis auf den Grund nieder. Sämtliche Holzverarbeitungsmaschinen sind ein Raub der Flammen geworden. Dem Vernehmen nach soll alles getan werden, um eine Stilllegung des Betriebes zu verhindern. Der Schaden ist durch Versicherung zu Teil gedeckt. Das Feuer brach in wenigen Minuten aus und es war nicht mehr viel zu retten. Ueber die Ursache steht noch nichts Genaues fest.

Ein Fund von Menschenknochen beschäftigt die Kriminalpolizei.

Beim Fußballspielen auf dem Exerzierplatz zwischen der Seddlitz- und der Kruppstraße stießen Schüler auf Knochen, die zum Teil ganz an der Oberfläche und zum Teil leicht verscharrt unter ihr lagen. Es waren zwei Bein- und Armbknochen. Drei weitere Knochen wurden dann noch in der Gegend des früheren Munitionshauses gefunden. Das Institut für Staats-ergreifunde in der hannoverschen Straße stellte fest, daß alles Menschenknochen sind. Wie sie an den Fundort gelangt sind, bedarf noch der Aufklärung.

Genehmigung der erhöhten Wohnungsbaubauabgabe. Der Oberpräsident hat die von den Berliner städtischen Körperschaften beschlossene Erhöhung der gemeindlichen Wohnungsbaubauabgabe von 25 auf 75 Proz. genehmigt. Die Erhöhung wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 an erhoben.

Polizeischuß in der Brockkommission. Am 6. Oktober wurde in Charlottenburg im Gemeindefeuerhaus der Joachimschaler Straße von der Brockkommission ein Schupobeamter herbeigerufen, um dem Andrang zu wehren. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Schupobeamten und einem Mann, der das Vorgehen mit blanker Waffe als unnötig bezeichnete. Der Mann, dem jetzt Strafverfolgung wegen angeblichen Widerstandes angekündigt worden ist, bittet alle Zeugen des Vorfalles, ihre Adressen zu senden an Gustav Berger, Charlottenburg, Bismarckstr. 27. Auch die Zeugen, die ihm schon damals ihre Adressen gaben, werden gebeten, das zu wiederholen, weil er die Notizen verloren hat. Alle Porto- und sonstigen Ausgaben will er zurück erstatten.

Protestersammlung Fehdenbach. Die vom Schupverband Deutscher Schriftsteller Ortsgruppe Berlin anberaumte Versammlung findet nunmehr Donnerstag, den 23. November, 8 Uhr im großen Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt. Das Referat hat der Verteidiger Fehdenbach, Justizrat Dr. Bernstein, München, übernommen. Karten (unentgeltlich) werden im Bureau des Schupverbandes, Schöneberger Ufer 25, von 10 bis 2 Uhr ausgegeben.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 22. November.

- 1. Rennen. 1. Kontessa (Vichtenfeld), 2. Hoffnung I (Vogel), 3. Dübende (Peller). Toto: 35:10, Platz: 13, 20, 13:10. Ferner liefen: Wozka (4.) keine Wette, Pumper, Gich, 1. Wenzel I, Dandner (blau).
- 2. Rennen. 1. Einlöcher (Kemper jr.), 2. Vorfata (Weidmüller), 3. Selbmann (Wid. Freund). Toto: 60:10, Platz: 24, 40, 23:10. Ferner liefen: Mars II (4.), Kametz I, Marichen II, Boland II, Erbwinus, Glorien II, Siens II, Diefz A., Abd. Silber, Gloriant, Reichsall, Hindenburg, Gervais II.
- 3. Rennen. 1. Wip (Herm. Schürmer), 2. Partein (M. Ringius), 3. Heberlein B. (Widmüller). Toto: 29:10, Platz: 13, 12:10. Ferner liefen: Fröhlich III (4.), Kello, Zinschell.
- 4. Rennen. 1. Beta Orl (Großmann), 2. Manteloff (Weidmüller), 3. Belle Woria (Eckmann). Toto: 35:10, Platz: 11, 10, 12:10. Ferner liefen: Krosche (4.) blau, Albatros, Jung Despreid, Drosseln (blau).
- 5. Rennen. 1. Wessender (O. Klein), 2. Taborak II (O. Bürgens), 3. Welfia (Hr. Teich). Toto: 56:10, Platz: 17, 25, 21:10. Ferner liefen: Wulfie (4.), Rten, Brühlhilde, Anton (als Zweiter blau), 50 Proz. der Wette zurück.
- 6. Rennen. 1. Kachfeller (M. Kemmer), 2. W. Rogowon (M. Ringius), 3. Döllnflüg (Schreiber). Toto: 15:10, Platz: 14, 19, 10:10. Ferner liefen: Johannafeuer (4.), Margot I, King, Paula Wingen, Fella, Mollwitz I, Baron Alwin.
- 7. Rennen. 1. Baron Wotitz (C. Traubner), 2. Gerold II (H. Schmidt), 3. Teier I (M. Ringius). Toto: 105:10, Platz: 21, 12, 16:10. Ferner liefen: Oltomar (4.) keine Wette, Vleues (blau), Kelsberg, Subrun II, Flora Wingen, Morfoll Hindenburg, Wenzel, Jäger Woodl.
- 8. Rennen. 1. Gregor I (Kemper jr.), 2. Welfia (Wid. Freund), 3. Long Carl (C. Traubner). Toto: 78:10, Platz: 19, 11, 14:10. Ferner liefen: Haller (4.), Wobdigen, Franke I, Jeltzsch, Schilos, Amorette, Coeligne.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Ingenieurklassen, Gruppe Extrap. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Jugendklub Alsenstr. 2, Vortrag von Dr. Berger: „Die Verfassung von Weimar“.

Gewerkschaftsbewegung

Außerordentliche Rüstungen der Arbeitgeber.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben in der gegenwärtigen schweren Zeit restlos erfüllen, so müssen ihnen von den Mitgliedern die vier erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist um so notwendiger, als auch die Arbeitgeber darauf bedacht sind, sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen einen reichlichen Fonds zu schaffen. Hieron legt folgendes außerordentlich wichtige Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Zeugnis ab:

Rundschreiben Nr. 259.

Tab. Nr. 1/45 184.

Berlin, den 31. Oktober 1922.

Wir haben unseren Mitgliedern durch Rundschreiben Nr. 252 vom 18. Oktober 1922 Kenntnis gegeben von dem Beschluß der Mitgliederversammlung betr. Racherhebung für das Kalenderjahr 1922 in Höhe des diesjährigen doppelten Jahresbeitrages, d. h. es ist der im März festgesetzte und bereits gezahlte Jahresbeitrag für 1922 noch einmal in doppelter Höhe nachzuzahlen. Wir wiederholen das Ersuchen um umgehende Einwendung des Betrages und bemerken erläuternd:

Die Racherhebung ist deshalb notwendig, weil die laufenden Mittel zur Deckung der ordentlichen Ausgaben nicht mehr ausreichen, so daß bereits ein größeres verzinsliches Darlehn aufgenommen werden mußte. Der Große Ausschuß war einstimmig der Meinung, daß der Vereinigung die erforderlichen Mittel zur Durchführung der ihr überwiesenen Aufgaben unbedingt von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden müssen. Auf seinen Vorschlag hin hat deshalb die Mitgliederversammlung einstimmig die oben erwähnte Racherhebung beschlossen.

Wir müssen darauf bringen, daß diesem Beschluß umgehend entsprochen wird, da in der Tat sonst die Arbeiten der Vereinigung leiden müssen. Wir eruchen deshalb um Einwendung des fälligen Betrages an unser Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft, Berlin W. 8, Unter den Linden 35.

Der Schatzmeister:

gez. Schulze-Nahon.

Der Geschäftsführer:

gez. Dr. Längler.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verlangt also einen dreifachen Jahresbeitrag von ihren Mitgliedern, den die Unternehmer gern zahlen werden. Sie wissen, daß damit nur ihren Interessen gedient wird. Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften erwächst die Pflicht, alles zu tun, um einmal die heute mehr als notwendige Kampfkraft der Gewerkschaften zu erhalten, um aber auch gegen alle Eventualitäten der kommenden Zeit gewappnet zu sein.

Ein Notschrei der Verwaltungsbeamten.

Der Reichsbund der Verwaltungsbeamten sendet uns folgende Entschlüsselung:

Die geradezu wahnhaften Preissteigerungen, die trotz Sinkens des Dollars unablässig anhalten, treiben die Beamten insbesondere der Besoldungsgruppen 1 bis 3 geradezu zur Verzweiflung. Alle fast regelmäßig unzulänglichen Aufbesserungen gelangen zudem so spät zur Auszahlung, daß die erbärmlich geringen Beträge bereits wieder etwa um ein Drittel ihres Wertes gesunken sind, wenn sie wirklich zur Auszahlung gelangen. Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten stellt fest, daß z. B. bei der Universität Königsberg am 28. Oktober noch die Gehaltslisten nach dem Stand der Besoldung für September aufgestellt worden sind. Selbst in Berlin sind die am 7. November vom Reichstag bewilligten Nachzahlungen bei vielen Behörden bis zum 21. November noch nicht ausbezahlt worden. Zum Beispiel bei der Charité, den Staats-theatern, der Universität, den Museen, der Staatsbibliothek, der Akademie der Wissenschaft u. a. m. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der geringstbesoldeten Beamten wenden wir uns an die Öffentlichkeit, in der Erwartung, daß den Bedürftigen die ihnen zustehenden Beträge sofort gezahlt werden, ohne daß ein erhebliche Valuaverluste eintreten.

Zur Notlage der Handelschiffsarbeiter.

Tausende Handelschiffsarbeiter des Einzelhandels und des Großhandels befinden sich in verzweifelter Lage. Ein verheirateter Arbeiter mit Kind erhält im günstigen Falle nach Abzug der Steuern und der gesetzlichen Beiträge im Einzelhandel, den Kauf- und Warenhäusern wöchentlich 4200 M., im Großhandel im Durchschnitt höchstens 5400 M.; ein großer Teil von Familienvätern noch weniger. Nach gewissenhafter Berechnung betrug das Existenzminimum einer dreiköpfigen Familie in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November 1922 9930 M. Inzwischen sind die Preise noch weiter gestiegen. Wenn die Arbeitgeber des Handelsgewerbes noch ein fünftägiges soziales Empfinden besitzen, so müssen sie sofort dem dringenden Verlangen nach einem gerechten Ausweis, den die schlechtbezahlten Handelschiffsarbeiter aller Gruppen bestimmt erwarten, Gehör spenden, trotz der vereinbarten Lohnverträge. In die Arbeitgeberverbände wird man allerdings vergeblich appellieren. Wenn man aber wirklich einmal ein Arbeiter angeht, der angesichts der Notlage der Arbeiterschaft seines Betriebes außerordentliche Zulagen gewährt, wird ihm eine Konventionalstrafe bis zu einer Million Mark rückwirkend auferlegt. Die Durchführung der Anweisungen der Arbeitgeberorganisationen durch die Arbeitgeber wird so durch Zwang noch besonders gesichert. Davon sollten alle Arbeitnehmer lernen. Nur durch einmütiges Zusammenhalten im Deutschen Transportarbeiter-Verband kann die Arbeiterschaft des Handelsgewerbes ihre Notlage lindern, annehmbarere Lohnverhältnisse erzielen.

Es muß geschimpft werden.

Wir berichteten kurz über die Pariser Konferenz der Bauarbeiterorganisationen. Die Konferenz wurde auf Wunsch der französischen Bauarbeiterorganisation einberufen, um die Mittel und Wege zu finden, eine Ueberflutung Frankreichs durch fremde, von den französischen Unternehmern angeworbene Arbeiter zu verhindern. Zu diesem Zweck beschloß die Konferenz ein internationales Ueberwachungsbureau für Ein- und Auswanderung zu errichten.

Die „Rote Fahne“ macht nun das Gegenstück daraus. Sie erzählt ihren bedauernden Lesern, daß die Amsterdamer damit den berechtigten Plan Le Troques durchzuführen, deutsche Arbeitskräfte in Frankreich unter Militärbedeckung und für Markenlösung im Interesse der deutsch-französischen Wirtschaftsvereinigung der Stinnes und Konsorten zu verwenden. Die deutschen Gewerkschaftsinstanzen, die vorgehen, die Stinnes-Politik im Innern zu bekämpfen, sind aktive Helfer, sie international durchzuführen. Stinnes-Politik, Stinnes-Regierung und Amsterdamer sind Früchte derselben Arbeitergemeinschaft, die die erbitterteste Feindin der Klassenkampfpolitik und damit der Betriebsräte ist.

So betreibt die „Rote Fahne“ die Aufklärung der Arbeiter!

Vom Verband sozialer Baubetriebe wird uns dazu noch mitgeteilt, daß sich seit Abschluß des Vertrages zwischen ihm und dem Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zahlreiche Arbeiter, Kaufleute und Techniker bei ihm um Arbeit in Nordfrankreich beworben haben. Der Verband sozialer Baubetriebe bittet uns, mitzuteilen, daß die Verhältnisse bis jetzt noch nicht bis zur Inangriffnahme praktischer Aufbauarbeiten geheißen sind, da über die Durchführung des Vertrages im einzelnen zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und dem Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs noch Verhandlungen stattfinden. Sobald Arbeitskräfte für den Wiederaufbau selbst benötigt werden, wird dies der Verband sozialer Baubetriebe durch die Presse bekanntgeben. Auch vor Annahme von Arbeit für Nordfrankreich muß gewarnt werden. In jedem Falle wende man sich vorher an den Deutschen Bauarbeiterverband um Auskunft.

Das Glend der Hausgehilfen.

Auf dem Artikel, dem wir unter vorstehendem Titel Raum gegeben haben, sind uns verschiedene Zuschriften von Hausfrauen...

lustig dieser Besprechungen mieten sich natürlich Gehilfen wie Hausfrauen unterstellen. Nur wenn beide Teile ohne Gefälligkeiten...

Ein Beispiel von vielen.

Man schreibt uns: Wie die Delegierten nach dem Reichsbetriebsrätekongress gewählt werden, dafür hier ein kleines Beispiel.

Im Gegenteil ihre Resolutionen abgelehnt und gegenteilig lautende Entschlüsse angenommen wurden, gingen die Kommunisten im Betrieb mit Listen hausieren, die folgendes besagten:

Am 23. November soll der vom 15er Ausschuss einberufene Reichsbetriebsrätekongress zusammentreten. Ihm fällt die Aufgabe zu, Mittel und Wege zu finden, die das Los der Arbeiterschaft erleichtern.

So wurde „gewählt“. In Wirklichkeit ist der angebliche Betriebsrätekongress nur ein Kongress der KPD.

Verantwortlich für den reboll. Teil: Eicher Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8

Bei Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Harnsäure, Elweiß, Zucker. 1921 = 15000 Badesäfte

Wildunger Helelenquelle

Schriften und billigste Bezugsquellen durch Fürstl. Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen, 29

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, Peer Gynt, Deutsch. Theat., Kammerspiele, Gr. Schauspielh., Central-Theater, Deutsch. Opernhaus, Intimes Theater, Komödienhaus, Krwachsenen

URANIA Taubenstr., 8 Uhr. Ernstes u. feierliches d. d. deutschen Balle...

Folies Caprice Meyersteins Liebesnacht

ELITE-Sänger

Theater des Ostens

Casino-Theater

Waltz-Theat.

Circus Busch

Internat. Varieté

Komische Oper Europa spricht davon!!

Germania-Prachtsäle

Wien-Berlin Unterhaltungs-Varieté

Der Stolz Nigrin

Wiking-Palast Das große Eröffnungsprogramm „Kikeriki...!“

ADMIRALS-PALAST

Krause Pianos zur Miete

„Bertiner Möbelhaus“

Trauringe

Gold- und Silber-Bruch

Gold, Silber- & Brillanten Hodam

Verkäufe Kreuzfische, Delzworen, Silberne Spiegel, Schaufelstr. 7

Möbel Kappische, herrliche Verformter, Dielenboden, Rücken, billiges Gelegenheits...

Musikinstrumente Klavier, Gitarre, Violine

Kaufgesuche Jagdgewehr, Fahrrad, Nähmaschine

Gelverkehr Goldbarren, Silberbarren

Verschiedenes Gemälde, Uhr, Schmuck

Botenfrauen und Männer